

# Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse:  
Tagesblatt, Riesa.

Amtsblatt

Verlags-Adresse:  
R. 10.

Für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 100.

Mittwoch, 2. Mai 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsern Träger post Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 85 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Silben) 20 Pf., Ortspreis 15 Pf.; gelbdruckter und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Stelle Taxe. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrucken, Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung; der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reproduktionsrecht und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Ausgabe der Fleischkarten und der Fleischkontrollmarken.

Freitag, den 4. Mai 1917, vormittags von 9—12 Uhr.

Indes in den bekannten Ausgabestellen die Ausgabe der Fleischkarten und der Fleischkontrollmarken (weiße und gelbe) auf die Zeit vom 14. Mai—10. Juni 1917 statt.

Eine spätere Ausgabe der benannten Karten an Marktstelle kann nur ausnahmsweise erfolgen.

Gleichzeitig weisen wir besonders darauf hin, daß die Kontrollmarken II und I bis spätestens Mittwoch, den 9. Mai 1917, mittags 12 Uhr beim Fleischer zwecks Eintragung in die Kundenliste abzugeben sind.

Der Rat der Stadt Riesa, am 2. Mai 1917.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ertragssteuererhebung bekannt gemacht worden sind, werden nach § 40 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 Abs. 2 des Ertragssteuergesetzes vom 2. Juli 1902 die Beitragspflichtigen, denen die Steuerzettel nicht beibehalten werden konnten, aufgefordert, sich bei der Ortsbehörde zu melden.  
Röderau, am 2. Mai 1917.

Der Gemeindevorstand.

## Arbeiter und Arbeiterinnen werden für Zeithain angenommen.

Arbeitsplätze verkehren ab 2. 5. 17, wie folgt:

	Früh	Nachm.
Riesa ab	6,15	6,12
Röderau an u. ab	6,23	6,20
Lager Zeithain an	6,38	6,35
	Früh	Nachm.
Lager Zeithain ab	7,03	7,03
Röderau an u. ab	7,15	7,15
Riesa an	7,25	7,25

von Riesa bis Röderau und zurück sind Arbeiterwachenkarten erforderlich, für in Röderau Einrückende nur Bahnsteigkarten, weil Strecke Röderau—Lager Zeithain Freifahrt.

## Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 2. Mai 1917

— Auszeichnung. Der Jäger Ernst Käfer, Sohn des Speidereiarbeiters Ernst Käfer, wurde mit dem Ehrenkreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

— Unsere Kartoffelversorgung. Aus Berlin wird uns geschrieben: Im Ernährungsausschuß des Reichstages konnte der Präsident des Reichsernährungsamtes von Patock bereits die überaus erfreuliche Tatsache berichten, daß unsere Kartoffelverträge größer sind, als allgemein und auch von den meisten Ernährungsausschüssen erwartet wurde. Sein Rat, wo gute Saatkartoffeln nicht zur Verfügung stehen, lieber den Anbau von anderen Gemüsen vorzunehmen, dürfte allgemeine Beachtung finden, so daß wir neben günstiger Kartoffelversorgung mit guter Gemüsekost rechnen können. Sparbarkeit wird natürlich niemals außer Acht gelassen werden dürfen. Aber die gute Ueberwinterung unserer Kartoffelvorräte läßt die Aussicht, bis Mitte Juli auszukommen, gut erscheinen. Die bekannte sehr unglückliche Ernte wird durch die gute Ueberwinterung einigermaßen wett gemacht, auch wenn, um die Gegenvorteile zu stellen, mit harter Hand in die Saatgutvorräte gegriffen werden mußte. Deshalb ist auch die Vorsicht, nur 16 Doppelzentner Saatgut auf den Hektar zu wenden, erlassen worden und der Pflanzungsausschuß für Saatkartoffeln in Berlin wird die Aussicht darüber fassen, daß dieses Gebot nicht übertrieben wird. Raitisch werden auch die Frühkartoffeln, die erst etwa Mitte Juli auf dem Markt erwartet werden, zwangsweise bewirtschaftet werden müssen, um eine richtige Verteilung zu gewährleisten. Bei der Versorgung mit Herbstkartoffeln soll in der üblichen Form, doch unter beachtenswerter Härterer Heranziehung des locherständigen Handels verfahren werden; man rechnet mit seiner Einschaltung zwischen dem 15. September bis 1. Oktober. In der Preisbildung dürfte sich weniger oder nichts ändern. Sichen somit die Aussichten für unsere Kartoffelversorgung im laufenden Jahr bis zur Ernte im allgemeinen nicht ungünstig, so wissen wir ja, was wir von der Fleischversorgung zu gewärtigen haben. Außerdem dürfte die Versicherung des preussischen Staatskommissars für Ernährungsvragen Dr. Michaels, daß, soweit bisher die Zahlen aus den Nachprüfungen zu übersehen seien, ein Ueberfluß vorhanden sei, der Allgemeinheit zur Verfügung dienen. Das absehende Urteil hierüber ist Mitte Mai zu erwarten. Auch die Obst- und Gemüseversorgung erscheint im großen Ganzen gesichert. Bei Gemüse und Obst wird man in Zukunft von jeder Beschlagnahme und Nationalisierung absehen. Die Ware wird auf dem Markt und beim Kleinhandel zu haben sein. Sehr vorzuziehen scheinen die Lieferungsverträge auf Frühgemüse eingewirkt zu haben. Man darf damit rechnen, daß wir eine doppelt so große Gemüseernte haben wie im Vorjahre. Durch Lieferungsverträge ist fast die Hälfte des Friedensanbaues erlöst worden. Fast alle Großstädte, u. a. Berlin, Charlottenburg, Leipzig, Dresden, Düsseldorf usw., haben sich in erfreulichem Maße an diesen Lieferungsverträgen beteiligt, aber auch kleine Städte und die Leerbevölkerung. In Zukunft soll zwischen Tafel- und Wirtschaftsgütern nicht mehr unterschieden werden.

— Festgenommenen wurden von der hiesigen Polizei eine Logischwinderin und eine Kellnerin, die sich des Diebstahls schuldig gemacht hat.

— Landgericht. Die fünfte Strafkammer des Dresdner Landgerichts beschäftigte eine Untersuchungswoche gegen den 29 Jahre alten schwer vorbestraften Arbeiter V. aus Gröba wegen Diebstahls und die Arbeiterin J. geb. A. aus Meitzner bei Riesa wegen Diebstahls. J. steht unter erschwerten Umständen während der Nacht zum 26. Dezember v. J. in Forstberg dem Gutbesitzer R. zwei Gänse und einige Hühner im Gesamtwerte von 180 Mark, sowie am 18. und 19. Februar d. J. auf einzelne Weide aus einem Felmen des Gutbesitzers R. in Gröba eine Menge Kartoffeln im Werte von mindestens 100 Mark. Die Diebstahlsbräute brachte J. in die Wohnung seiner Geliebten, der Wittwe Margarete F. Das Urteil lautete für J. auf 10 Monate Gefängnis und 3-jährigen Ehrenrechtsverlust, für die J. auf eine 6-monatige Gefängnisstrafe.

— Kriegsvorgang der Hausbesitzer. Der Verband der sächsischen Hausbesitzer-Vereine hat beschlossen, in diesem Jahre eine außerordentliche Verbandstagung

abzuhalten. Diefelbe soll am 3. Juni in Chemnitz stattfinden.

— Sächsisches Staatsschuldbuch. Eingetragen waren Ende April 1917: 3176 Konten im Gesamtbetrage von 216 410 000 Mark.

— Beglaubigung von Unterschriften Kriegsgefangener. Es wurde bisher immer als ein Mangel empfunden, daß Rechtsveränderungen unterbleiben mußten, zu denen gerichtlich oder notariell beglaubigte Unterschriften der Gefangenen notwendig waren, weil es nicht möglich war, diese Unterschriften in der geforderten vorgeschriebenen Form beizubringen. Dieser Mangel hat eine neuere Bekanntmachung des Bundesrats abgeändert. Hiernach steht es der öffentlichen Beglaubigung der Unterschrift eines deutschen Kriegsgefangenen gleich, wenn 2 weitere Kriegsgefangene, die deutsche Mitbürger sind und mindestens im Range eines Unteroffiziers stehen, schriftlich bezeugen, daß die Unterschrift des Gefangenen tatsächlich von diesem herrührt. Zum Beweise der Echtheit einer solchen Urkunde genügt ein schriftliches, mit dem Dienstfeld oder -stempel versehenes Zeugnis eines ausländischen Dienstfeldes, der die beiden Unterschriftenzeugen unterschreiben. Es ist also jetzt möglich, sich Urkunden, deren Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt sein müssen, wie z. B. Vollmachten für Grundbuchzwecke, Anträge an die Handelsregister, in rechtsverbindlicher Form auch mit den Unterschriften von Kriegsgefangenen zu beschaffen.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nunmehr das Gesetz über Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches, das vom Bundesrat und Reichstag beschlossen und durch kaiserliches S. G. Gesetzkraft erlassen hat. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

— Verfahren nach Verfall von unbenuzt gebliebenen Bezugscheinen. Nicht nur unbenuzt gebliebene Bezugscheine A1 und B1 können nach dem Verweil Ziffer 3 auf ihrer Rückseite bis 3 Tage nach Ablauf der einmonatigen Gültigkeitsdauer an die Ausfertigungsstellen zur Verlichtung der Personalkarte zurückgegeben werden, sondern auch die im März 1917 ausgefertigten und unbenuzt gebliebenen Bezugscheine A und B alten Musters dürfen zu diesem Zwecke der Ausfertigungsstelle zurückgegeben werden. Diese Rückgabe hat jedoch bis spätestens zum 3. Mai 1917 zu erfolgen. Darüber hinaus sind Anträge, mit denen unter Rückgabe verfallener Bezugscheine eine Verlichtung der Personalkarte nachgesucht wird, von den Ausfertigungsstellen mit dem Hinweis abzulehnen, daß neue Bezugscheine anstelle der verfallenen nur unter strengster Berücksichtigung der in Nr. 9 der Mitteilungen bekanntgegebenen „Neuen Richtlinien“ und in der Regel nach Ausfüllung eines Bestandsfragebogens ausgefertigt werden dürfen. Auf der Personalkarte ist diese neue Ausfertigung als solche zu vermerken. Die Forderung der Ausfüllung eines Bestandsfragebogens rechtfertigt sich zum Teil aus dem Grunde, weil bei nicht rechtzeitiger Verwendung eines Bezugscheines zunächst darauf geschlossen werden kann, daß das behauptete dringende Bedürfnis für seine Erteilung in Wirklichkeit nicht vorgelegen hat.

— Zur Frage der Errichtung von Kriegsdenkmalen veröffentlicht die „Sächsische Staatszeitung“ folgende Mitteilung: Wie das Ministerium des Innern nach dem Vorgange anderer Bundesstaaten, zum Beispiel Preußens, ausdrücklich hervorheben möchte, muß die Errichtung von Denkmälern und Erinnerungsschildern für den jetzigen Krieg und die Bearbeitung von Plänen hierfür, namentlich wenn es sich um größere und erhöhte Aufwendungen erfordernde Anlagen handelt, der Zeit nach dem Friedensschlusse vorbehalten bleiben. Solange das deutsche Volk noch im Kriege steht, können derartige Bestrebungen nicht gefördert werden. Namentlich ist auch die Bewilligung von Geldmittelsammlungen für solche Zwecke bis auf weiteres schon um deswillen ausgeschlossen, weil während des Krieges alle Anstrengungen ausschließlich auf die Erringung des Sieges gerichtet und alle verfügbaren Mittel den großen Aufgaben der Gegenwart zugeführt werden müssen.

— Lichthaus. Vor dem Leipziger Landgericht hatten sich die Verheirateten Johann Albrecht Salsberger und Max Richard Kattke in Disput zu verantworten, weil sie gegen das Verbot der Ausfuhr von Bierden aus dem Armeekorpsbezirk ohne Erlaubnis der Armeekorpskommandantur insofern verstoßen hätten, als sie 128 Bierde aus dem Bezirke des 19. Armeekorps nach Dresden und Liebenwerda trans-

portieren ließen, obwohl sie eine Genehmigung dazu nicht eingeholt hatten. Da die beiden Händler wegen gleicher Zuwiderhandlungen bereits mit 200 Mark bzw. 250 Mark Geldstrafe bestraft worden sind, so erkannte das Gericht jetzt gegen sie auf Gefängnisstrafen. Der Angeklagte Salsberger wurde zu sechs Wochen und der Angeklagte Kattke zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, der Kattke jedoch wurde wegen Beihilfe mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Geschäftsführer einer Werbestellung, ein Stallburche und ein Kavallerist kamen mit Geldstrafen von 200 Mark bis zu 30 Mark davon.

— In Döbeln. Größere Fleischdiebstähle verübten die beiden Lehrlinge eines hiesigen Fleischermeisters auf dem hiesigen Schlachthof. Ihr Ungehör war der Wächter eines araderen Gasthofes in der nächsten Umgebung, der das Fleisch ohne Marken an seine Gäste abgab und dadurch einen größeren Spielvertrieb erzielte. — Einen schamhaften unzulässigen Handel mit Schweinefleisch betrieben auch mehrere, zum Teil schon schwer bestraft Personen von hier. Sie kauften in der Umgebung größere Ferkel angeblich zur Weiterfütterung auf, schlachteten diese aber alsbald im geheimen und verkauften das Fleisch. Eine Anzahl Einwohner sowie ein Gasthofsbesitzer in der nächsten Umgebung sind deshalb ebenfalls strafällig geworden.

— Baugen. Um dringlichen Anforderungen für die Volksernährung zu genügen, hat sich die Amtshauptmannschaft entschließen müssen, durch Bekanntmachung vom 25. April 1917 sämtliche Gerstenvorräte des Bezirkes zu enteignen.

— Oberneubau. Zu dem angeblichen Raubüberfall in Oberneubau auf einen 11-jährigen Schulfreund wird gemeldet, daß der Verdacht den Ueberfall vorgetrieben hat. Dies Geständnis hat er bei einem Verhör durch den Gendarmen abgelegt.

— Glauchau. Mit Söhne im Felde hat auch ein Glauchauer Einwohner, der Bohrer Wilhelm Ewert, Färberstraße 15. Hier von ihnen sind bereits seit Kriegsbeginn im Felde, drei sind als Landsturmlente 1915 bzw. 1916 eingezogen worden, während der letzte als aktiver Soldat am 1. Mai 1916 zur Fahne einberufen wurde. Zwei der wackeren Krieger, die auf fast allen Kriegsschauplätzen mitgekämpft haben, erwarben sich bereits das Eisene Kreuz.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die dritte Kriegsmesse. Die beiden ersten Kriegsjahre haben den Einzug des Mai ohne jede zu Friedenszeiten sonst übliche Feier oder Arbeitspause. Anders standen die Erwartungen in diesem Jahre, da es ja immerhin einigen Heilspornen gelungen war, eine gewisse mit einer teilweisen Arbeitsniederlegung verbundene Unruhe in die deutsche Arbeiterfront zu tragen. Aber nun hat Hindenburg gesprochen, von Bethmann Holweg gemahnt und Generalleutnant Groener gemahnt. Dazu kamen die Weisungen und Befehle aus dem eigenen Lager. In dem Aufruf der Generalkommission der Gemerktschaften Deutschlands und des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hieß es, daß die deutschen Arbeiter auch in diesem Jahre wie in den beiden vorherigen auf die Arbeitsruhe am 1. Mai Verzicht leisten werden, ebenso wie es die englischen und französischen Arbeiter tun. Das alles zusammen hat selbst Irregelmäßigkeiten die Augen geöffnet und sie behändig gemacht, die ruhigen Elemente hatten wieder die Oberhand gewonnen, und so war auch dieser dritte Kriegsmess in der Reichshauptstadt, der er übrigens das erste wundervoll warme und sonnige Frühlingswetter schenkte, ein Arbeitstag wie alle. Auch in den übrigen deutschen Fabrikzentren ist es zu keinen Feiern, geschweige denn zu Kundgebungen gekommen. Bezeichnend ist es vielleicht, daß selbst auf dem Berliner Friedhof der Märgefalleen, früher ein beliebter Demonstrationssort, diesmal nirgends eine Kranzspende oder ein Erinnerungsgeld niedergelegt wurden.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Montag und Dienstag das Wohnungsgesetz und das Bürgerschaftsicherungsgesetz in zweiter Lesung mit den Änderungen der Kommission ohne weitere Zusatz und Abänderungen angenommen. Beide Gesetzesentwürfe werden Mittwoch in dritter Lesung verabschiedet und dann dem Herrenhaus zugeführt werden, wo sich die Oberbürgermeisterpartei bereits auf heftigen Widerstand gegen die Einschränkungen der Selbst-



**Die Oberkommando in den Marken.** Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: 3000 Mann Besatzung. Unsere Feinde sind am Wert, im deutschen Volke Unzufriedenheit und Zwietracht zu erregen. Deutschland soll um die Früchte seiner mit großen Opfern an Blut und Gut erzielten Erfolge gebracht werden. Selbstverleumdung ist jedes Deutschen ist es, zur Entlastung solcher Agenten im feindlichen Dienst beizutragen. Sie werden im Gewande bürgerlicher Arbeiter, politischer Agitatoren, ja auch in silberner Weste ihr hochverrätherisches Handwerk. Wer einen solchen Verräter zur Strafverfolgung bringt, erhält obige Belohnung. Berlin, 28. April 1917. Das Oberkommando in den Marken.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Geburtsfeier für Louis Nebel.** In Ehren des vogelländlich-erzgebirgischen Heimatdichters Louis Nebel, der am Sonntag sein 70. Lebensjahr vollendete, fand im Saale des städtischen Realgymnasiums in Blauen eine von der Vereinigung vort. Schriftsteller, Künstler und Kunstfreunde veranstaltete öffentliche Feier statt. Oberbürgermeister Lehmann teilte mit, daß der König den Dichter zum Hofrat ernannt hat und daß die Stadt Blauen einer neuen Straße auf der Höhe den Namen L. Nebel-Straße geben wird. Für die Nebelwerkstube, die dazu dienen soll, das Beste aus Nebels Schaffen in einer bildschönen Ausgabe erscheinen zu lassen und bereits über 2000 B. werden hat, gewährt die Stadt 100 B.

**Sächsischer Landtag.**

**Wf. Dresden, 2. Mai. Zweite Kammer.**  
**Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Allgemeine Vorberatung über den Gesetzentwurf über den Haushalt des staatlichen Elektrizitätsunternehmens.**  
**Finanzminister v. Seebowitz begründet den Entwurf.** Es handle sich bei ihm nicht darum, neue wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Durchführung der staatlichen Stromversorgung aufzustellen, sondern nur den äußeren Rahmen für den Haushalt des neuen Staatsbetriebes zu schaffen und vor allem eine zweckmäßige Buch- und Rechnungsführung zu ermöglichen. Sollten in den ersten Entwicklungsjahren Zuschüsse nicht zu vermeiden sein, so dürfe dadurch der allgemeine Haushaltszustand nicht beinträchtigt werden. Aus diesen Erwägungen heraus habe sich die Regierung entschlossen, den Haushalt des Unternehmens von dem allgemeinen Staatshaushalt völlig los zu lösen. Trotzdem unterstehe das neue Unternehmen dem Finanzministerium. Der Haushaltsplan des Elektrizitätsunternehmens für 1917 werde voraussichtlich in der nächsten Woche dem Hause vorgelegt.  
**Abg. Diener (Kons.)** stimmt namens seiner Freunde dem Entwurf zu und beantragt seine Überweisung an die Gesetzgebungs-Deputation im Einvernehmen mit der Finanzdeputation.  
**Abg. Rißchke (Natlib.)** stimmt namens seiner Partei sofort dem Gesetzentwurf als auch dem Antrag Diener zu; ebenso Abg. Schöngauer namens der Fortschrittlichen Volkspartei, der jedoch weiterhin Bedenken äußert wegen der im Entwurf vorgesehenen Befreiung des Unternehmens von den Kirchen- und Schulschulern der Gemeinde.  
**Abg. Rißchke (Soz.)** schließt sich den Bedenken des Vorredners an und stimmt im übrigen der Vorlage zu. Darauf beschließt das Haus antragsgemäß die Über-

**Eure Liebe.**

**Kriminalroman von Erich von Steinhilber. 34**  
**Wenn es nicht vernichtet wurde — vielleicht. Ob aber zur rechten Zeit, ist eine andere Frage! Sie wissen, in meinem Bericht gibt es zwei Hilfsfaktoren: Methodische Forschung und — bei Zufall. Der erstere ist vorläufig erschöpft und ich bin nun selber gezwungen, auf den zweiten zu warten.**  
**Einen Tag später frug Hempel den Verteiliger: „Nun, haben Sie unserem Schlichting die Ueberlieferung Frau Mariens nach Boden zu ihrer Stiefmutter mitgeteilt?“**  
**„Ja wohl.“**  
**„Wie nahm er diese Neuigkeit auf?“**  
**„Mindestens recht sonderbar. Erst war er außer sich. Als ich ihm dann von dem Besuche der Gräfin und ihrem Abwenden Benehmen erzählte, beruhigte er sich etwas. Aber es schien mir, als sei ihm diese Sache im Grunde nicht recht. Er blieb unruhig und verstimmt.“**  
**„Genau, wie ich erwartete!“** lächelte Hempel mit zufriedener Miene.  
**„Warum weckte in der Tat seit einigen Tagen bereits wieder in Baden. Ehe sie Wien verließ, nahm Untersuchungsrichter Wahnert noch ein Verhör mit ihr vor, das indessen nichts Neues zutage förderte. Am Schluß desselben teilte er ihr die veränderten Testamentbestimmungen ihres Vaters mit.“**  
**„Sie war doch mehr bestürzt als erfreut darüber, denn sie hätte sofort, daß man daraus einen neuen Verdachtgrund gegen ihren Gatten ableitete.“**  
**„Nach der Gräfin wissen, was Marien diese Sache peinlich und verächtlich in großen Augen.“**  
**„Es ist mir gerade so, als beruhte ich Mama.“** sagte sie zu Christine, „ich weiß, daß Papa sie alles zugabacht hat, und begreife nicht, weshalb er seinen Entschluß änderte. Er magte wissen, daß ich mich nach seiner Liebe und Beschäftigung sehnte, nicht nach perfidienreichen Stellen. Außerdem war es Hermanns Stolz, daß ich aus seiner Hand empfangen sollte, was ich brauche.“  
**„Christine hat eine Welle. Dann meinte sie vor sich: „Der Herr Graf wird wohl erwartet haben, was er tat.“**

**Verfahren bei Verhaftungen an der Reichsbahn.** Die Verhaftungen an der Reichsbahn sind mit der Grundsatz-Deputation im Reichsbahnministerium vereinbart. Die Verhaftungen müssen vormittags 11 1/2 Uhr: Eintrag und Interpellationen wegen des Rohstoffmangels.

**Interpellationen und Entschlüsse.**

**Der Landtag hat nachfolgende Interpellationen und Entschlüsse angenommen:**  
**Interpellation Götlicher (fortf.). 1. Sind der Königl. Reichsregierung die Vorkreditionen in den deutschen Kohlengebieten bekannt, weiters die Maßnahmen der Reichsregierung bezugnehmend? 2. Welche Maßnahmen gedenkt die Königl. Reichsregierung im allgemeinen Interesse gegen weitere Preissteigerungen in die Wege zu leiten, gegebenenfalls im Bundesrat in Vorschlag zu bringen? 3. Welche Maßnahmen sind von der Königl. Reichsregierung geplant, um dem durch die Transportwierigkeiten hervorgerufenen Rohstoffmangel abzuwehren?**  
**Interpellation Dr. Wähne u. Gen. (Kons.):** Was hat die Königl. Reichsregierung getan und was gedenkt sie noch zu tun, um den abgehenden Bau des Donau-Eisenkanals und des Saale-Eiserkanals zu fördern?  
**Interpellation Dr. Scherf u. Gen. (natl.):** Durch die Maßnahmen, die ein Teil der sächsischen Landwirte ergriffen worden ist, die von ihnen selbstgebauten Kartoffeln herauszugeben und dafür unverhältnismäßig hohes Saatgut zu kaufen. Ist die Gefahr entstanden, daß die Anbaufläche für Kartoffeln sich wesentlich verringert, was gedenkt die Regierung zu tun, um dieser Gefahr zu begegnen?  
**Interpellation Dr. Kaiser und Dr. Reichammer (natl.):** Welche Stellung hat die Königl. Reichsregierung im Bundesrat zur Aufhebung des § 1 des Schutzgesetzes eingenommen und welche Bedeutung mißt sie gegenüber dem durch diese Aufhebung im Reich geschaffenen Rechtszustand dem § 58 Absatz 2 der sächsischen Verfassungsurkunde bei?  
**Interpellation Cahn u. Gen. (Soz.):** Hat die Regierung Kenntnis davon, daß durch die Einziehungen von Lehrern zum Dienst die Arbeit der Schulen schwer beeinträchtigt ist?  
**Was gedenkt sie zu tun, um den Folgen dieses Zustandes entgegenzuwirken?**  
**Anträge der fortf. Volkspartei:** Die Kammer wolle beschließen: die Königl. Reichsregierung zu ersuchen, der Ständeverammlung einen Gesetzentwurf zur Reform der ersten Kammer vorzulegen, durch den allen größeren Berufsgruppen in angemessener Zahl Sitze und Stimme eingeräumt wird. — Ferner: Die Kammer wolle beschließen: die Königl. Reichsregierung zu ersuchen, der Ständeverammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher unter Zugrundelegung der Verhältnisse die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Wähler zur zweiten Kammer und eine Neuerteilung der Landtagswahlkreise unter Befreiung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land vorseht.  
**Antrag der nationalliberalen Fraktion:** Die Kammer wolle beschließen: 1. die Regierung zu ersuchen, alsbald eine durchgreifende Reform der ersten Kammer in der Weise einzuleiten, daß in ihr auf Grund eines Wahlrechts die Verhältnisse eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung finden, 2. die erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschluß einzuladen.

**Die Bewirtschaftung und Verteilung unserer wichtigsten Nahrungsmittel.**

Der Krieg und seine Folgeerscheinung haben uns auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens zu Einschränkungen gezwungen, von denen diejenigen auf dem Gebiete der Ernährung naturgemäß am schwersten empfunden werden und dadurch nur zu leicht zu unangenehmer Verteilung der lebensnotwendigen Nahrungsmittel, ja zum offenen Mangel gegen diese führen, und das natürlich um so mehr, als sich der fernstehende kein klareres Bild von den Ursachen und von den beabsichtigten Wirkungen der Verordnungen machen kann. Betrachten wir daher einmal wenigstens bei den wichtigsten Nahrungsmitteln die Ursachen ihrer öffentlichen Bewirtschaftung.

**Das Brot.**

Den ersten sichtbaren Eingriff in unsere Lebensgewohnheiten brachte uns die Mitte des Jahres 1915 mit der Einführung der Brotkarte. Die Ernährung keines anderen Volkes ist wohl so stark auf den Brotverbrauch eingestellt gewesen, wie gerade die des deutschen, und bei diesen wichtigen Nahrungsmitteln mußte zuerst eine öffentliche Bewirtschaftung eintreten. Die unbedingte Notwendigkeit einer solchen Maßnahme wird uns ohne weiteres klar werden, wenn wir erfahren, daß 1. H. unsere Brotgetreideernte im Jahre 1913/14 bei wahrscheinlich sehr erheblicher Ueberführung ungefähr 17 Millionen Tonnen betrug, daneben benötigten wir jedoch, um den Friedensbedürfnissen des deutschen Volkes an Brotkörnern gerecht werden zu können, einer Einfuhr von rund 2 1/2 Millionen Tonnen. Die Einfuhr der Brot-

getreideernte ist im August des Krieges ausbleiben, was durch die Verlagerung der Getreideernte in den Osten, deren Ausfuhr nach Deutschland durch Englands Seeblockade unmöglich gemacht wurde.

Wir hatten also nur noch ungefähr vier Fünftel desjenigen Brotgetreides zur Verfügung, deren wir uns im Frieden zur Versorgung der Bevölkerung bedienen konnten, und dabei hatten wir die gegen Friedenszeiten naturgemäß ganz bedeutend gesteigerten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Durch Einführung der Brotkarte wurde bekanntlich die tägliche Rationierung auf den Kopf der Bevölkerung auf 200 Gramm festgelegt. Diese Rationierung konnte mehr als zwei Jahre hindurch regelmäßig gegeben werden, und man hoffte sie auch weiter gewähren zu können. Als jedoch Anfang 1917 Störungen in den Anlieferungen von Brotgetreide an die Zentralverteilungskasse, die Reichsgetreidekasse, eintraten, entstanden Zweifel, ob tatsächlich noch genügend Brotgetreidebestände vorhanden seien, um die bisherige Rationierung aufrechtzuerhalten zu können. Eine für den 15. Februar 1917 angeordnete und durchgeführte neue Bestandsaufnahme ergab dann auch das betrübliche Ergebnis, daß wenn die bisher gewährte Rationierung beibehalten würde, das deutsche Volk mindestens auf einen vollen Monat ganz ohne Brot sein würde. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß ein derartiger Zustand einfach unmöglich war, und schwerer Derartiger mühten sich die Behörden entschließen, die tägliche Rationierung auf 30 Gramm herabzusetzen. Es gab keine andere Möglichkeit, um die Brotversorgung des deutschen Volkes bis zur nächsten Ernte sicherzustellen, und eine vergrößerte Rationierung ist schließlich auf jeden Fall leichter zu ertragen, als wenn es wochenlang überhaupt kein Brot gäbe.

**Neueste Nachrichten und Telegramme vom 2. Mai 1917.**

**Meldungen der Berliner Morgenblätter.**  
**Berlin.** Wie das Berl. Tabl. berichtet, hat das englische Flugzeug, das Bomben auf Ahrbeck abwarf, außerordentliche Verwüstungen angerichtet. Viele Häuser sind beschädigt, namentlich in der Gegend des alten Daisens. Die Leichen der drei getöteten Personen sind sogleich vernichtet. Das Unglück wurde gerade am Geburtstag der Prinzessin Juliane, der Tochter der Königin bekannt.  
**Nach der Post.** In. wird in einem Londoner Brief angeführt, daß England unter dem U-Bootskrieg ungewöhnlich stark leidet. Die Schiffsvorklässe durch Neubauten zu ersetzen, sei unmöglich. Der Unterseebootkrieg zusammen mit den russischen Wirren mühten dringende Friedensfaktoren sein.  
**Das Berl. Tabl.** läßt sich berichten, daß in Rußland die Anhänger Lenins für einen Frieden um jeden Preis setzen, daß die gemäßigten Sozialisten dagegen für einen allgemeinen Frieden auf demokratischer Grundlage eintreten. Kritiker des Lenins für die Weiterführung des Krieges, damit Rußland seine Stärke gegenüber dem deutschen Imperialisismus beweise.  
**Der Vorwärts** schreibt: Zwischen Deutschland und Österreich einen Wessens wegen des 1. Mai zu entwickeln, sei hinsichtlich. Der Kampf um den Frieden geht weiter unter Vermittlung von Mitteln, die die Landesverteidigung schädigen.  
**Nach der Kreuzzeitung.** über Wilson auf alle Neutrale, besonders Holland einen starken Druck aus, um es zur Teilnahme am Kriege gegen Deutschland zu bewegen. Wahrscheinlich werde Holland, wenn es nicht in den Krieg eintrete, kein Getreide von Amerika erhalten.  
**Der Lokalanz.** meldet aus Rotterdam: Nach einer New Yorker Meldung des „Daily Telegraph“ wird das Gesch über die allgemeine Dienstpflicht schon am Sonntag in Kraft treten, sobald mit der Aushebung von 1,9 Millionen Mann sofort begonnen werden kann. Die Vorbereitungen des Großen Generalstabes sollen so gut wie fertig sein.  
**Der Lokalanz.** berichtet aus Gen: Nach einer Meldung aus Paris sind außer General Rivelle acht weitere Generale zu anderweitiger dienstlicher Verlegung gestellt worden.  
**Meldungen aus französischen Blättern.**  
**Berlin.** Die „Tepche de Lyon“ meldet aus Paris: Der amerikanische Biermacher „Percy Wildfall“ wurde am 22. April aus einem Frachtzuge von elf Zugschiffen heraus nahe der Rheinde-Mündung trotz zweier Wachtboote durch ein deutsches U-Bootboot versenkt. Ein anderer Sealer wurde durch Kanonenschuß schwer beschädigt. Die Wachtboote befürworteten das U-Bootboot, daß die Schiffe erwiderte, dann aber entkam.  
**„Nouvelles de Lyon“** meldet aus Petersburg: Die in Petersburg versammelten Bauernabgeordneten beschließen eine allgemeine Zusammenkunft der russischen Bauern auf den 1. Mai a. St. Die Versammlung der Bauern forderte in Uebereinstimmung mit den Soldatenvertretern die Altersgrenze von 18 Jahren für die Wahlbarkeit an.

Als er das erste Mal kam und Christine ihn in Mariens Zimmer führte, hätte sie ihn beinahe nicht erkannt. Es war ein stiller Herr mit grauhaarigem Haar, einer polnischen Brille, grauem, kurz geschneittenem Schnurbärtchen und lauem grauem Frack, der vor ihr stand.  
**„Sehe ich nicht solche aus, wie ein richtiger Entschlichter?“** lächelte er. Erst an der Stimme erkannte ihn Marien.  
**„Aber mein Gott, woher diese Maske?“**  
**„Reizlich, meine Gräfin! Ich bin ziemlich bekannt in gewissen Kreisen und es ist nicht aus dem Hause, daß ich nicht schon mit einem Dürchen aus der Dienerschaft hier mal zu was hatte. Sie wissen, ich will ganz inoffiziell auftreten.“**  
**Nachdem Christine ihren Aufbruch angedeutet hatte, rief sie Hempel, ihm in sein Gemach zu folgen.**  
**„Nun, was gibt's sonst Neues?“** fragte er, als sie allein waren. „Haben Sie ein bißchen nachgesehen in der Zeitung, welche ich Ihnen angab?“  
**„Ja. Es ist ganz sicher, daß die Gräfin an dem Tag, wo sie meine Herrin aufsuchte, nirgends sonst war als bei mir. Sie fuhr im Automobil von Baden nach Wien, und der Chauffeur versichert, daß sie von unserer Wohnung weg direkt wieder nach Hause zurückkehrte. Auch Briefe hat sie an diesen Tag nicht erhalten.“**  
**„Aber vielleicht Briefe empfangen?“**  
**„Nur Herrn Deroy, der schon am Tage zuvor den Brief empfangen wurde. Diesmal empfing sie ihn, und er blieb von halb zwölf bis halb eins.“**  
**„Oh, etwas lang für einen ersten Besuch. Aber da dieser Herr Freund war, konnte er es nicht sein, der ihr irgend etwas über die Testamentsänderung mitteilte. Wir sind somit genau so klug wie zuvor.“**  
**Christine nippte an ihren Handgelenken herum, dann sagte sie langsam: „Nein, so steht es nicht, Herr Hempel. Ich will Ihnen etwas mitteilen, was sonst wohl niemand weiß: Dieser Herr Deroy ist der Gräfin nicht fremd. Sie muß ihn schon von früher her kennen und wahrscheinlich sogar sehr genau!“  
**Hempel fragte die Sprecherin sprachlos an. Christine aber fuhr eilig fort: „Arbeiten Sie selbst! Dieser Herr Deroy hat mir beinahe täglich einen Besuch in der Villa „Allian“ ab, er ist sehr still und heimlich mit der Gräfin, beinahe still.“****



... 180 000 Mann, und Teilnahme des Ozean an den ...  
Nach einer Meldung des „Temps“ aus Buenos Aires ...  
Clemenceau schreibt zum Unterhause: Er ...  
Wage Illigerität an der Westfront.

**Wage Illigerität an der Westfront.**  
X Berlin. Bei zunehmendem Mond und klarer ...  
X Parisruhe. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, ...  
X Lloyd George reist nach Frankreich.

**Starke französische Truppenansammlungen bei Besancon.**  
X Parisruhe. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, ...  
X Lloyd George reist nach Frankreich.

**Verkehr**  
X Kopenhagen. Das dänische Ministerium des ...  
X Berlin. (Antikl.) Einige Marineflugzeuge griffen ...  
X Die englische Lebensmittelrationierung.

**Talaat Pascha an den Kaiser.**  
X Berlin. Der Großvezir Talaat Pascha hat aus ...  
X Genf. Noch warte kein Pariser Blatt, die tiefe ...

**Auftrichterische Zwischenfälle in Petersburg.**  
X Petersburg. (Petersburger Teleg. Agentur.) ...  
X Bern. Die „Times“ berichtet aus Washington, ...

**Amerikanische Besorgnisse.**  
X Haag. Morning Post berichtet aus Washington: ...

**Deutscher Generalstabbericht.**  
(Antikl.) Oberst Hauptmann, 2. Mai 1917.  
Deutscher Kriegskorps.  
Deutscher Kriegskorps.  
Schild von Oberst nahm zeitweilig die Generalstab ...

**Deutscher Kriegskorps.**  
Schild von Oberst nahm zeitweilig die Generalstab ...  
Bei den Kämpfen in der Champagne am 30. April ...

**Deutscher Kriegskorps.**  
Bei den Kämpfen in der Champagne am 30. April ...  
In mehreren Abschnitten war die russische Gener ...

**Deutscher Kriegskorps.**  
In mehreren Abschnitten war die russische Gener ...  
Im Grenzgebiet der Moldau griffen nach starkem ...

**Deutscher Kriegskorps.**  
Im Grenzgebiet der Moldau griffen nach starkem ...  
Der erste Generalanwärter: Rudendorff.

**Der Sozialist Dujmans in Stockholm.**  
X Stockholm. Die „Sozialdemokraten“ mittels, ...  
X Dugano. Der Pariser Korrespondent des „Secolo“ ...

**Die italienische Abordnung für Amerika.**  
X Rom. Von halbamtlicher Seite wird mitgeteilt, ...  
X Amerikanisches Ersuchen um Regelung der ...

**Amerikanisches Ersuchen um Regelung der irischen Frage.**  
X Dassel. Havas meldet unterm 30. aus Washington: ...  
X Bern. Die „Times“ berichtet aus Washington, ...

**Amerikanisches Ersuchen um Regelung der irischen Frage.**  
X Dassel. Havas meldet unterm 30. aus Washington: ...  
X Bern. Die „Times“ berichtet aus Washington, ...

**Amerikanisches Ersuchen um Regelung der irischen Frage.**  
X Dassel. Havas meldet unterm 30. aus Washington: ...  
X Bern. Die „Times“ berichtet aus Washington, ...

**Deutschland und Brasilien.**  
X Rio de Janeiro. (Havas Havas.) Mit Rücksicht ...  
X Konstantinopel. Amtlicher Verkehrsbericht. ...

**Bermischtes.**  
Dundert Jahre alt. In Groß-Cusau beging in ...  
1200 Mark Geldstrafe wegen Walschle ...

**Bermischtes.**  
Dundert Jahre alt. In Groß-Cusau beging in ...  
1200 Mark Geldstrafe wegen Walschle ...

**Bermischtes.**  
Dundert Jahre alt. In Groß-Cusau beging in ...  
1200 Mark Geldstrafe wegen Walschle ...

**Bermischtes.**  
Dundert Jahre alt. In Groß-Cusau beging in ...  
1200 Mark Geldstrafe wegen Walschle ...

**Gasthof „Admiral“, Biberach.**  
Sonntag, d. 6. 5., abends 8 Uhr. Theater der Stadt Biberach.  
„Sherlock Holmes“ (1. Teil.)

**Gasthof „Admiral“, Biberach.**  
Sonntag, d. 6. 5., abends 8 Uhr. Theater der Stadt Biberach.  
„Sherlock Holmes“ (1. Teil.)

**Gasthof „Admiral“, Biberach.**  
Sonntag, d. 6. 5., abends 8 Uhr. Theater der Stadt Biberach.  
„Sherlock Holmes“ (1. Teil.)

**Gasthof „Admiral“, Biberach.**  
Sonntag, d. 6. 5., abends 8 Uhr. Theater der Stadt Biberach.  
„Sherlock Holmes“ (1. Teil.)

**Gasthof „Admiral“, Biberach.**  
Sonntag, d. 6. 5., abends 8 Uhr. Theater der Stadt Biberach.  
„Sherlock Holmes“ (1. Teil.)







## Die Schlacht an der Westfront.

### Bei Arras.

Die Meldet unterm 1. Mai: Im Rahmen von Arras unternahm die ermaten Engländer am 30. April einen größeren Angriff. Unter wirksamem Beschützung durch die englischen Sturmkolonnen in ihren Gräben. Nur gegen unsere Stellung bei Aulnoy drang eine stark feindliche Patrouille unter dem Schutze von Rauch und Gasen vor. Sie wurde blutig abgewiesen. Desgleichen wurde ein schwacher Versuch der Engländer nördlich Aulnoy in unsere Gräben einzudringen, durch Gegenstoß vereitelt. Nach diesen unglücklichen Versuchen wurde das Feuer auf der ganzen Arras-Front ab. Es bestätigt sich, daß die Verluste des Feindes vom 28. u. 29. April außerordentlich schwer gewesen sind. Allein in dem schmalen Abschnitt zwischen den Dörfern Oppy und Rouzouq muß nach Zählung der Toten, die das Kampfgebiet bedeckten, der Verlust der Engländer an Toten und Verwundeten die Zahl von 20000 übersteigen. Bei Aulnoy machte im Laufe des Tages eine weitere immer wieder vorstoßende Aufklärungspatrouille mehrere Gefangene. Auch gegen Abend blieb die feindliche Kräfteverteilung geringer als in den Vortagen, um in der Nacht wieder lebhafter zu werden.

### In der Champagne.

Die Meldet unterm 1. Mai: Der unter schweren Verlusten für die Franzosen gescheiterte neue Angriff in der Champagne am 30. April wurde durch schweres Artilleriefeuer vorbereitet und mit mehreren Teilverstößen gegen den Hoch- und Keilberg eingeleitet, die indessen alle blutig abgewiesen wurden. Die mit Sturmtruppen aufgestellten französischen Gräben wurden an vielen Stellen dieses Frontabschnittes unter stärkstem Beschützungsgeschütz genommen, jedoch die Franzosen schon vor dem großen Hauptangriff schwere Verluste hatten. Nach einer erneuten Feuerwelle von größter Dichtigkeit erfolgte am Mittags 2 Uhr der geschlossene französische Hauptangriff gegen die Höhenstellungen nördlich Proseus bis westlich Waudescourt. In einer Breite von 11 Kilometer gingen frische französische Kräfte mit starker Wucht gegen unsere Stellungen vor. Durch unsere Feuerwürde wurden die Sturmkolonnen an vielen Stellen schon während des Vorstoßes zusammengetrieben, vernichtet und zur Umkehr gezwungen. An anderen Stellen, wo die Franzosen in unsere Gräben einzudringen vermochten, wurden sie im Nahkampf mit Handgranaten und durch unsere Gegenstöße sofort wieder geworfen. Im ersten Anlauf der kräftig vorstößenden französischen Massen war der 4 Kilometer nördlich Proseus gelegene Dörfchen verloren gegangen. Unsere Kolonnen gingen zu einem sofortigen Gegenangriff vor und nahmen dem sich verzweifelnd wehenden Gegner den Hochberg wieder ab. Ein weiterer Gegenangriff über die eigenen Stellungen hinaus und beschränkt dem Gegner blutige Verluste bei. Auch am Hochkeilberg erlitten die Franzosen eine schwere Niederlage. Nach wiederholten mörderischen Feuerwellen verlor die französische Infanterie am späten Abend und in der Nacht durch Einbruch der Dunkelheit fast alle Kräfte das Schicksal des Schicksal des Schlachttages zu seinen Günstigen zu wenden. Trotz größter blutiger Opfer und ungeheurer Munitionseinfuhr scheiterten auch diese Angriffe vollkommen. Nach erdichteten Hin- und Herbewegungen ist unsere Infanterie im vollen Besitz ihrer bisherigen vorderen Linie.

Auch dieser neue französische Angriff endete mit einer schweren Niederlage der Franzosen.

An der Aisne zerflatterten die französischen Angriffe in Teilmassenaufstellungen, die für uns erfolgreich verließen.

## Das Ablösen der Offensiv-Schlachten.

### Im Westen, 30. April.

Nach der vollständigen Abweisung der dritten Arras-Schlacht, die aber noch in ihren letzten Stadien liegt, ist seit gestern abend an der Aisne und in der Champagne das Trommelfeuer, das über 100 Kilometer weit hörbar ist, in immer noch gesteigerten Wellen wieder losgegangen, um heute früh gegen vier Uhr die fürchterlichste Größe zu erreichen. Bei Douaillon, Braye, Craonne, gegen den Westrand scheinen die Punkte zu sein, an denen man das Vorbrechen der Infanteriekolonnen erwarten kann. Das alle Kräfte der Germanen nach Ansicht des Feindes nicht vollenden, verlor er mit Gasabläsen zu unterstützen.

Als Vorläufer gingen nachts bei Cerny und Craonne härtere Kräfte vor, die blutig abgewiesen wurden. Auch bei Aubertie schloß das Feuer erneut an, dagegen war es in der östlichen Champagne weniger lebhaft.

Von den letzten Werten der dritten Arras-Schlacht ist zu sagen, daß gestern das ehemalige Dorf Oppy der eigentliche Brennpunkt war, wo vier stärkste Angriffe der Engländer scheiterten und zwar verlustlos. Man kann sich ungefähr einen Begriff von den ungeheuerlichen Verlusten des Gegners machen, nach den genaueren Mitteilungen des heutigen Heeresberichtes. Division auf Division muß aus diesem großen Wunden bis aufs äußerste erschöpft zurückgezogen werden. Zum ersten Mal führt England selbst, was Verluste heißen, die es bisher meist seinen Verbündeten zuschieben konnte. Mit allen Mitteln des Kampfes unterhält, erfüllt unsere tapfere Infanterie in zähestem Aushalten ihre schwere Aufgabe. Einmal wird es schon aufhören, dieses wahnwitzige Ablösen der beiden gewaltigen Offensiv-Schlachten, an denen sich die Gegner vollends verbluten werden.

Mitred Richard Meyer, Kriegsberichterstatter.

### Die Gegner über die Kämpfe im Westen.

In der „Globe“ schreibt General Verraux: Die Deutschen hätten eine neue Taktik. Sie ließen in den vordersten Linien nur eine leichte Besatzung, um die Angreifer in die Tiefe zu locken und aus dem Unterstützungsbereich der feindlichen Artillerie zu entfernen. Der elastische Widerstand der Deutschen habe nicht gestattet, die Fortschritte der Franzosen so schnell und weit zu entwickeln, wie die Offensivkraft erwartete und hoffte.

Wie weit nach dem Scheitern des Durchbruchs bei Arras die englischen Erwartungen zurückgesetzt wurden, läßt ein Zeitungsbericht der Daily Mail erkennen, in dem es heißt: „Befestigte Linien, wie die östlich von Arras, können nicht einmal in einem Monat, geschweige denn an einem Tage durchbrochen werden. Dies ist die Aufgabe unserer Truppen, denen nach fortwährender Kämpfe bevorstehen. Ein dramatischer Zusammenbruch Deutschlands kann nicht erwartet werden. Darum muß man Sir Douglas Haig alle Kräfte geben, deren er bedarf, um die Verluste, die schwer sein müssen, wieder auszugleichen.“

## Gaustausch des Reichstages.

Berlin, den 1. Mai 1917.

Der Reichstag des Reichstages (siehe Dienstag die vertraulichen Erörterungen über auswärtige Angelegenheiten fort.)

Ein Redner der Fortschrittspartei vertrat auf die immer stärker werdenden Nahrungsfragen Englands, und sprach sich über die in neutralen und überseeischen Ländern, sowie Schiffahrtstragen.

Ein Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erörterte Ernährungsfragen, und warnte, die über die englischen Verhältnisse ausgemachte Statistik als völlig unzuverlässig und richtig anzusehen. Ernährungsfragen, Fragen der Friedensziele und politische Zusammenhänge bildeten den Gegenstand seiner weiteren Ausführungen.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich gegen die von einem rechtsstehenden Parteimitgliede Kriegspolitik und regte ein Abkommen mit Rußland über die gegenseitige Behandlung der Hilfslieferungen an.

Ein konservativer Redner äußerte sich über das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, besonders über die Beziehungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und erörterte die politische Frage sowie unsere Stellung zu den Neutralen und die Stellung der deutschen Regierung zu den Sozialdemokraten.

Ein anderer Vertreter der Sozialdemokraten erklärte, es dem Reichstag überlassen zu wollen, ob er die Angriffe des Reichstages zurückweisen wolle oder nicht, und sprach sich über russische Verhältnisse und Friedensfragen.

Nach bei diesen Verhandlungen nahmen wiederum die Staatssekretäre der auswärtigen und des Innern zu den aufgeworfenen Fragen Stellung und erteilten Auskunft.

Darauf wurde die Aussprache über die auswärtigen Angelegenheiten geschlossen.

In Weiterberatung des Heeresetats wandte sich zunächst Ministerialdirektor Dr. Casper gegen Angriffe auf die Nationalkassette; unrichtig sei, daß diese sich angesammelt, aber davon nichts herausgegeben habe; zur Unterstützung der Hinterbliebenen von Gefallenen seien bereits zwei Millionen Mark den Landesauschüssen überwiesen worden, und weitere vier Millionen sollten demnächst angewiesen werden. Um die Verteilung der Stiftung auszubauen und eine genaue Fällung damit herbeizuführen, wolle der Reichstag und der Bundesrat sowie verdienten Personen der freiwilligen Hilfsleistung entgegenkommen.

Nach einer kurzen Geschäftsbesprechungsberatung einigte sich der Reichstag, die vorliegenden Anträge zur Abstimmung zu bringen, die Erörterung weiterer Fragen aber vertagt zu stellen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde angenommen: Ein Antrag der Deutschen Fraktion auf Entschädigung und Unterstützung von Soldatenheimen; ein von mehreren Seiten gestellter Antrag auf Reform des militärischen Beschmerzbereichs und die Befreiung der Strafe des Ansehens; sodann ein Antrag der Sozialdemokraten folgenden Inhalts: Darum bittet der Reichstag, die Verwendung der in die Heimat überlieferten Weine, vor ihrer Rückkehr zur Heimat oder zu ihrem Erbschaftstruppeneinzelnen entsprechenden Heimatmarken zu erhalten. Weiter ein Antrag der Fortschrittspartei, dem Reichstag zu ersuchen, daß Sorge zu tragen, daß durch einen Gesetzesentwurf im März 1917 des Reichstages die Bestimmungen des Reichstages, die Worte „auf dem Kriegsschauplatz verendet“ gestrichelt werden. Der Reichstag solle dem Antrag der Konservativen, betreffend Entschädigung für die in militärischen Diensten ausgeübten Pferde, weitere militärische Pferdebeschreibungen, mit Rücksicht auf die sommerliche Frühjahrsbestellung und die Schwierigkeit einer Beschaffung bis zu dieser Zeit, sofort einzustellen; ferner dahin zu wirken, daß durch Bundesratsverordnung festgestellt wird, daß während des Krieges als Weidewirtschaft für die ausgetriebenen Pferde der durch Sachverständige festzustellende derzeitige Wert zu geschätzen ist; sowie Bezahlung der Pferde innerhalb 14 Tagen nach der Aushebung wurde mit Mehrheit angenommen; dagegen der Teil des Antrages, welcher eine Erhöhung des Preiszuschlags für ausgetriebene Pferde um 100 Prozent erhob, nicht angenommen.

Ein weiterer Antrag der Konservativen, den Reichstag zu ersuchen, bei den militärischen Entschädigungen darauf hinzuwirken, daß im Interesse einer möglichst reiblosen und guten Erledigung der Frühjahrsbestellung neue Einberufungen von landwirtschaftlichen Betriebs- und landwirtschaftlichen Arbeitern und Handwerker zum Zweckdienst in den nächsten Wochen, bis mindestens zum 15. Mai, nicht erfolgen; ferner landwirtschaftlichen Betrieben in der nächsten Zeit, soweit es die militärischen Interessen irgendwie gestatten, bevorzugt werden; alle arbeitsverwendungsfähigen und dauernd gamschuldenfähigen Mannschaften in den Garnisonen und besetzten Gebieten, die Inhaber kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe oder landwirtschaftliche Beamte oder Facharbeiter sind, oder zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes benötigt werden, freizustellen, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag des Reichstages, dem Reichstag zu ersuchen, daß Kriegsmann (Abteilung Arbeitsamt) zu beantragen, die erforderlichen Maßnahmen für die Arbeitsvermittlung in der Zeit der Demobilisierung alsbald zu treffen.

Ein Antrag der Fortschrittspartei, auch Soldaten die Beförderung zum Offiziersstand zu ermöglichen, fand ebenfalls Annahme, gleichwie der nachfolgende Antrag der Nationalliberalen:

1. den Herrn Reichstagler zu ersuchen, eine Ergänzung des Offizier-Pensionsgesetzes von 1906 baldigst vorzubereiten, welche die im Kriege verwendeten Offiziere in ihren Bezügen nach der Beabsichtigung den Empfänger des höheren Ranggehalts gleichstellt und ihre letzte Rangstellung im Kriege berücksichtigt;

2. den Herrn Reichstagler zu ersuchen, auf die Beförderung der Sanitäts-Offiziere der Reserve und Landwehr in höhere Rangstufen mit Rücksicht auf den langen Dienst im Kriege und die schweren Einbußen im Zivilstand Bedacht zu nehmen.

Ein von Abgeordneten der Fortschrittspartei und des Zentrum gestellter Antrag auf Verlegung eines Teiles des Reichstages nach Berlin, um die in der Hauptstadt angesammelte große Reichweite, wurde ein Antrag auf Erhöhung der Mannschaftszahl. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, den mindestens zwei Jahre unter den Rahmen stehenden Mannschaften ein zweites Budget zu gewähren, wurde trotz des von einem Regierungsdirektor gemachten Einwurfs auf die dafür nötige hohe Summe von 30 bis 40 Millionen Mark mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag des Reichstages, die Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Einsetzung eines Überwachungsorgans für die Kriegsführung wurde gegen die Stimmen des Antragstellers und der übrigen Sozialdemokraten abgelehnt. — Nach einer von den Antragstellern für unannehmbar gehaltenen Erklärung eines Vertreters des Reichstages wurde der Reichstag geschlossen.

Ministerium wurde der Zentrumstag, betreffend Ertrag des Entschädigung der Kriegsgeldern mit großer Mehrheit angenommen. Schließlich wurde ein Antrag der Deutschen Fraktion, zur Vollbestellung Gefangenen und Weisungen zur Verfügung zu stellen, angenommen.

Das Verbleiben von Gefangenen wurde teils durch die gestellten Beschlüsse für erledigt erklärt, oder der Applaus als Material hinübergegeben.

Nächste Sitzung Donnerstag, 3. Mai 1917, vormittags. (Verhältnisse in den besetzten Gebieten im Westen und Osten.)

## Der uneingeschränkte U-Bootkrieg.

### Bericht.

Ein Antwerpener Blatt meldet aus Brüssel, daß die norwegische Bark „Telefoon“ von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist.

„Dagbladet“ in Drontheim erzählt aus Verleoneag: Der russische Dampfer „Olga Koroba“, 2400 t von Newcark nach Kola mit Kohlen unterwegs ist 80 Seemeilen vor dem Nordkap versenkt worden. Das U-Boot war ein solches der allerneuesten Art. Der Kapitän erklärte, es befanden sich 16 U-Boote zwischen dem Nordkap und der Murmanlinie.

Das Reutersche Bureau meldet, daß der amerikanische Dampfer „Vacuum“ am 28. April von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Der erste Offizier und 17 Mann, darunter auch amerikanische Marine-Artilleristen, wurden gerettet. Ein Boot mit dem Kapitän und der übrigen Mannschaft, sowie einem Marineoffizier und neun Marine-Artilleristen wird vermisst.

### Der gefährdete englische Kanal.

Nach dem Nieuwe Rotterdamschen Courant stellt im englischen Unterhaus Dillon die Anfrage, ob der englische Kanal jetzt nicht gefährlicher sei als in irgend einer früheren Zeit des Krieges. Carlson antwortete: Da die deutschen U-Boote an Zahl zugenommen hätten, müsse man annehmen, daß die Gefahren für die Schifffahrt gestiegen seien. Es stehe jedoch fest, daß die Schiffverlustrate im Kanal in diesem Monat geringer gewesen sei als in einem der vorhergehenden drei Monate. Dies sei zum Teil die Wirkung der größeren Tätigkeit der U-Boote in anderen Gebieten, zum Teil die Wirkung davon, daß sich eine größere Anzahl englischer Patrouillenboote im Kanal befände. Dillon fragte weiter, weshalb die englischen Torpedoböjer in dem Gebiet bei Dover in der Minderzahl waren und warum keine Verhandlungen zur Hand waren. Da aber das Gebiet nur 5 Minuten dauerte, hätten sie nur noch die Briten retten können.

In Beantwortung einer Anfrage sagte Lord Robert Cecil, er halte es für nutzlos, zu versuchen, den Deutschen den Beweis zu liefern, daß die englischen Lazarettschiffe keine Munition an Bord führen. Die Deutschen würden nach seiner Meinung fortwährend Lazarettschiffe angreifen.

Hierzu ist zu bemerken, daß ein Bericht der Engländer, zu beweisen, daß die Lazarettschiffe keine Munition führen, bedeutungslos ist. Wenn die Engländer ein Lazarettschiff ohne Munition und Truppen und sonstiges Kriegsmaterial fahren lassen, so liegt hierin bei der belagerten englischen Flotte und Nichtachtung vor dem Völkerrecht keine Gefahr, daß nicht das nächste Lazarettschiff doch Kriegsmaterial fährt. Die einzige Möglichkeit läge darin, daß alle englischen Lazarettschiffe einer dauernden Kontrolle unterstellt würden. Aber das ist ausgeschlossen. Es ist unwahrscheinlich, daß wir fortwährend Lazarettschiffe angreifen. Wir tun dies nur in der in der Denkschrift von Ende Januar festgestellten Sphäre, die eingeführt wurden mußte, weil von England die Lazarettschiffe dauernd mitgebracht wurden.

### Erhöhung der Schiffversicherungen.

Die Kölner Zeitung meldet aus Zürich vom 1. Mai: Schweizerische Gesellschaften wurden von englischen Versicherungsunternehmen benachrichtigt, daß die Prämien für Schiffversicherungen vom 1. Mai ab um 100% erhöht werden.

### Der Oberbürgermeister an die Londoner.

Londoner Zeitungen veröffentlichten eine Aufschrift des Oberbürgermeisters, worin er an die Londoner appelliert, es als Ehrenfache zu betrachten, die freiwillige Lebensmittellieferung nicht zu überschreiten. „Daily Telegraph“ schildert eine Unterredung mit einem Beamten des Nahrungsmittelamtes, der Lord Devonports Neuerungen über die Lebensmittelangelegenheit als eher gemäßigter denn übertrieben bezeichnet. Nach seiner Kenntnis der vorhandenen Kornvorräte sollten die Rationierungen auf höchstens 8 Pfund herabgesetzt werden, andernfalls werde sich England vor der nächsten Ernte gefranzt finden.

Der Vorrat an Brotgetreide und Mehl in England wird immer kleiner. Wenn die freiwillige Entballamkeit nicht größer wird, wird England genötigt sein, Zwangsmaßnahmen einzuführen. Es wird angeordnet werden, so wohl brotlose, wie fleischlose und kartoffellose Tage einzuhalten. Diese Warnung ist zu dringlich, um vernachlässigt zu werden, und beruht auf dem Ergebnis der Untersuchungen, die das Ernährungsamt über den Vorrat an Brotgetreide und Mehl im ganzen vereinigten Königreich angestellt hat. Es ist wenig Aussicht, daß dieser Vorrat vermehrt wird, solange die Angriffe der U-Boote sich besonders gegen Getreideschiffe richten.

### Die U-Bootgefahr für England.

Die „Times“ schreibt, daß der Premierminister den ganzen Reichstag auf der Admiralität zugebracht habe. Es verlaute, daß er sich über die U-Bootgefahr an Ort und Stelle gründlich unterrichtet, die dagegen getroffenen Maßnahmen studiert und mit den in Betracht kommenden Beamten der Admiralität darüber verhandelt habe.

Der Marineminister Lord Jellicoe schreibt im Daily Telegraph: Aus der letzten Veröffentlichung der Admiralität geht hervor, daß der Feind in einer einzigen Woche 55 britische Schiffe versenkt hat. Diese Tatsache hat die Aufmerksamkeit in der nachdrücklichsten Weise auf das Kriegsschiffproblem gelenkt. Die Nation wurde an ihre Abhängigkeit von der Seeherrschaft erinnert. Es ist begreiflich, daß sie den lebhaften Wunsch fühlt, zu erfahren, ob unsere Seemacht sowohl als defensiv als auch als offensive Waffe in der vorteilhaftesten Weise verwandt wird.

### Neun englische Häfen gesperrt.

Londoner Meldungen zufolge gibt die britische Regierung die Sperrung weiterer neun englischer Häfen bekannt, darunter diejenigen von Leigh und Newcark. Die Sperrung der Häfen von Liverpool und Belfast ist schon, wie berichtet, in voriger Woche erfolgt.



